

1 Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik

2 3 ... in Europa

4 „Stellt euch vor, es ist Krieg und keiner geht hin“ ...um zu helfen...

5
6 2012 wurden in den 27 EU-Staaten 335 380 Asylanträge eingereicht. Dies stellt eine
7 Zunahme von 10,6% gegenüber dem Jahr 2011 (303.105 Asylanträge) dar. Damit wurde
8 laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der höchste Wert seit dem Jahr 2002
9 erreicht. Zwar gab es auch in Deutschland dementsprechend Zuwächse von
10 Asylanträgen in absoluten Zahlen, jedoch liegt der Anteil der Asylantragssteller pro
11 1.000 Einwohner bei 0,9 Antragsstellern pro Kopf. Im europaweiten Vergleich liegt
12 Deutschland damit im Ranking auf Platz 11 und damit lediglich 0,2 Antragssteller über
13 dem Durchschnitt. Malta dagegen als deutlich kleineres und wirtschaftlich schwächeres
14 Land als Deutschland trägt – pro Kopf betrachtet – die größte Last in Europa. Auf jeweils
15 1.000 Einwohner entfallen 5,0 Antragsteller. Schweden hat kürzlich als erstes EU-Land
16 verkündet, allen syrischen Flüchtlingen ein unbegrenztes Aufenthaltsrecht zu
17 gewähren. Damit hat Schweden eine unbürokratische, schnelle und humane Lösung für
18 die aus dem Bürgerkriegsgebiet geflohenen Männer, Frauen und Kinder gefunden. Es ist
19 traurig, dass Deutschland international mit einem Minister auftritt, der betont, dass
20 mehr Engagement in der Flüchtlingspolitik deshalb nicht verlangt werden könne, weil
21 kein EU-Mitglied angeblich mehr Flüchtlinge aufnehme.¹ Gerade Deutschland als
22 wirtschaftlich stärkstes Land hätte hier als Vorreiter vorangehen sollen.

23
24 Dafür ist es nun zu spät, jedoch sollten wir jetzt dem menschlichen Beispiel Schwedens
25 folgen und die Signalwirkung eines Kurswechsels in der Flüchtlingspolitik nicht
26 unterschätzen.

27
28 **Deshalb fordern wir den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, sowie die SPD**
29 **Bundestagsfraktion, insbesondere die Hamburger Bundestagsabgeordneten, und die**
30 **SPD-Gruppe im Europäischen Parlament auf:**

- 31
32 • sich für eine gesamteuropäische Lösung der Flüchtlingsfrage mit starker deutscher
33 Beteiligung einzusetzen. Zu einer konsequenten Umsetzung des Art. 1 GG und Art. 1
34 EMRK gehört zwingend ein menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen. Dies ist nicht
35 zuletzt eine Frage praktizierter Solidarität zwischen den Mitgliedsländern der EU und
36 von humanitärer Verantwortung, so auch Martin Schulz.²
- 37
38 • Dazu müssen sowohl innerhalb der Bundesrepublik als auch innerhalb der EU finanzielle
39 Mittel bereitgestellt werden, die insbesondere den von den Flüchtlingsströmen
40 unmittelbar betroffenen Ländern zu Gute kommen.
- 41
42 • Diese Mittel müssen auch Drittstaaten zu Teil werden, die bisher seit Beginn von
43 Bürgerkriegen beispielhaft Zehntausenden Kriegsopfern ungeachtet ihrer finanziellen
44 Kapazitäten Schutz und Hilfe gewährt haben.

¹ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-10/Fluechtlingspolitik-Debatte-Statistik>; 16.10.2013, 15:19 Uhr.

² <http://www.martin-schulz.info/index.php?link=4&bereich=1&details=1&id=1179>.

45
46
47
48
49

- Wir sehen uns als die Partei der Solidarität. Daher ist es für uns selbstverständlich unabkömmlich, dass auch in den möglichen Koalitionsverhandlungen diese Forderungen Priorität haben.

50 **...in Hamburg**

51 Nicht nur auf europäischer Ebene ist ein Kurswechsel gefragt. Auch in Hamburg gibt es
52 konkrete Misstände, die es gemeinsam und mit der ausdrücklichen Solidarität aller
53 Bezirke zu beseitigen gilt.

54

55 Nachdem die Flüchtlinge in der Hoffnung auf ein besseres Leben in Frieden und
56 Sicherheit einen langen und beschwerlichen Weg auf sich genommen haben und in
57 Hamburg angekommen sind, finden sie dort eine maßlos überfüllte Erstunterkunft vor,
58 in der die Zustände – insbesondere die hygienischen- katastrophal sind. Auch die
59 Betreuung vor Ort lässt deutlichen Raum für Verbesserungen. Es fehlt oft an den
60 elementarsten Dingen und dort abzuhelpfen, kann weder eine Frage von Geld noch von
61 Aufwand sein.

62

63 Für die Flüchtlingsunterbringung ist in Hamburg „fördern & wohnen“ zuständig.“ f & w
64 fördern und wohnen“ ist in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)
65 ein Unternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg. Das Unternehmen unterliegt
66 der Verantwortung eines Aufsichtsrats, dessen Vorsitzender Staatsrat der Behörde für
67 Arbeit, Soziales, Familie und Integration Jan Pörksen ist. Die Stadt Hamburg kann daher
68 direkten Einfluss gegenüber f&w geltend machen. Gleichzeitig trägt sie damit auch die
69 Verantwortung für den Zustand der Unterkünfte.

70

71 **Deshalb fordern wir den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und die SPD- 72 Bürgerschaftsfraktion auf:**

73

- 74 • In dem Umgang mit den in Hamburg angekommen Flüchtlingen einen wohlgesinnten,
75 offenen und ergebnisorientierten Dialog zu führen.
- 76
- 77 • Die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen und HelferInnen vor Ort nach
78 Kräften zu unterstützen.
- 79
- 80 • Die Qualitätsunterschiede zwischen den verschiedenen Einrichtungen aktiv zu
81 bekämpfen.
- 82
- 83 • Die Betreuung in den Einrichtungen zu verbessern. Dies meint insbesondere eine
84 Sicherstellung von ärztlicher, sozialpädagogischer und psychologischer Betreuung. Eine
85 parallele Bereitstellung von Dolmetschern ist hierbei unerlässlich.
- 86
- 87 • Mehr Unterbringungen zu schaffen. Zu menschenwürdiger Unterbringung gehört dabei
88 neben beheizten und festen Räumlichkeiten auch, dass Familien nicht getrennt werden,
89 dass hygienische Mindeststandards gewahrt bleiben und auch eine
90 geschlechtergetrennte Unterbringung gewährleistet wird.
- 91
- 92 • Es zu ermöglichen, dass kulturelle Feste in den Gemeinschaftsräumen de Unterkünfte
93 selbstorganisiert und interkonfessionell gefeiert werden können.

94

95

- Eine Unterbringung von Obdachlosen im Rahmen des Winternotprogrammes und von Flüchtlingen in denselben Einrichtungen zu verhindern.

96

97

98

- Dafür Sorge zu tragen, dass das Sicherheitspersonal vor Ort zumindest tagsüber paritätisch besetzt ist und bei der Auswahl des Personals Rücksicht auf die Traumata der Flüchtlinge genommen wird.

99

100

101

102

103

Von einer überfallartigen Abschiebung der Flüchtlinge zumindest bei Familien in den Nachtstunden Abstand zu nehmen.